Bundesblatt

112. Jahrgang

Bern, den 25. August 1960

Band II

*Erscheint wöchentlich. Preis 30 Franken im Jahr, 16 Franken im Halbjahr zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern*

8066

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über einen weitem Beitrag an die Beteiligung der Schweiz am gemeinsamen Betrieb des Versuchsreaktors in Halden (Norwegen)

(Vom 19. Juli 1960)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Durch Beschluss vom 25. September 1958 hat die Bundesversammlung ihre Zustimmung zur Beteiligung der Schweiz am Betrieb des Siedewasser-Reaktors in Halden (Norwegen) im Rahmen eines Gemeinschaftsunternehmens der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) erteilt und zu diesem Zwecke einen Beitrag von 1,5 Millionen Franken bewilligt. Dieser Reaktor wurde bekanntlich vom Norwegischen Institut für Atomenergie auf eigene Kosten erstellt und den interessierten Mitgliedstaaten der Europäischen Kernenergie-Agentur zur Beteiligung an einem befristeten gemeinsamen Experimental- und Forschungsprogramm zur Verfügung gestellt.

Im Halden-Übereinkommen sind neben Norwegen, Dänemark, Grossbritannien und Schweden, vertreten durch die Atomenergiebehörden dieser Länder, das EURATOM und die Regierungen der Schweiz und Österreichs zusammengeschlossen. Nachträglich hat sich auf Grund einer besondern Vereinbarung auch noch Finnland beteiligt. Das von der Projektleitung ausgearbeitete und von den beiden Organen des Gemeinschaftsunternehmens, dem Halden-Ausschuss und der Technischen Gruppe, in denen die Vertragsparteien durch je ein Mitglied vertreten sind, genehmigte gemeinsame Betriebsprogramm sollte in drei Jahren, beginnend am 1. Juli 1958, durchgeführt werden.

Dieses Programm sah etappenweise nach einem gedrängten Zeitplan die endgültige Inbetriebstellung des Reaktors, vorkritische Prüfungen und Experi-

mente und die Durchführung von kritischen Versuchen mit beschränkter und voller Leistung von zwei verschiedenen Brennstoffladungen vor. Die dabei erzielten Resultate sollten Aufschluss über das physikalische Verhalten dieses Reaktors unter verschiedenartigen Betriebsbedingungen, über die Eignung der verwendeten Materialien und Einrichtungen und schliesslich über die Leistungsfähigkeit dieser neuartigen Reaktorkonzeption und der verwendeten Brennstoffelemente geben.

Im Verlaufe der nun abgelaufenen ersten zwei Betriebsjahre zeigte sich, dass die gesteckten Ziele im kostenmässig und zeitlich vorgesehenen Rahmen nicht erreicht werden können. Das für die Durchführung des Programmes und die Verwendung der Mittel verantwortliche Gemeinschaftsorgan, der Halden-Ausschuss, hat die Lage eingehend überprüft und im Lichte der bisherigen Erfahrungen die Möglichkeiten für den erfolgreichen Abschluss des Unternehmens untersucht. Für die eingetretene Verzögerung können folgende Gründe angeführt werden:

1. Die Kostenaufstellungen und Terminpläne, welche die Grundlage für das Halden-Übereinkommen bildeten, mussten in einem frühen Zeitpunkt gemacht werden, wo noch viele konstruktive und betriebliche Einzelheiten nicht abgeklärt waren. Den dadurch bewirkten Unsicherheiten wurde dabei nicht in genügender Weise Rechnung getragen.
2. Der Baufortschritt in der Zeit vor Inkrafttreten des Übereinkommens war erheblich langsamer als vorausgesehen. Die erstmalige Inbetriebnahme des Reaktors erfolgte bereits mit etwa 9 Monaten Verspätung, die trotz aller Anstrengungen nicht mehr einzuholen war.
3. Es zeigte sich, dass der vorgesehene Personalbestand zu knapp bemessen war, was zur Verschärfung der Terminnot beitrug.

Der Halden-Ausschuss sah sich vor die Wahl gestellt, entweder das Programm drastisch zu beschneiden oder um eine Verlängerung der Vertragsdauer und zusätzliche Mittel nachzusuchen. Er kam zum Schluss, dass merkliche Programmverkürzungen mit der ursprünglichen Zielsetzung unvereinbar sind. Nach Prüfung verschiedener Varianten empfahl der Halden-Ausschuss den Unterzeichnern einstimmig eine Verlängerung des Übereinkommens um einhalb Jahre, das somit bis Ende 1962 in Kraft bleiben soll.

Die technischen und finanziellen Einzelheiten des neuen Vorschlages auf Grund des revidierten Terminplanes sind in einem umfangreichen Bericht des Halden-Ausschusses eingehend dargelegt. Darnach sollen die Experimente bei mittlerer Leistung der ersten Ladung vom Juli 1960 bis Mai 1961 dauern, während für den Betrieb mit hoher Leistung der zweiten Ladung die Zeit vom Februar bis Dezember 1962 zur Verfügung stehen wird.

Die Artikel 1 und 4 des Abkommens über die Verlängerung des Halden-Übereinkommens sehen nun allerdings vor, dass dieses letztere auf Grund gegenseitiger Verständigung der Parteien allenfalls noch länger, spätestens jedoch bis Ende 1963, in Kraft bleiben soll. Dazu ist folgendes zu sagen:

Obwohl bei derartigen Entwicklungsprojekten Überraschungen zufolge unvorhergesehener Schwierigkeiten, die zu Verzögerungen Anlass geben können, nie ganz ausgeschlossen werden können, darf damit gerechnet werden, dass der vorichtig berechnete neue Zeitplan eingehalten und die Betriebsversuche Ende 1962 endgültig abgeschlossen werden können. In diesem Zeitpunkt werden jedoch die in der letzten Phase erzielten Betriebsergebnisse noch verarbeitet und in technischen Berichten und in einem abschliessenden Gesamtrapport zusammengefasst werden müssen. Diese Arbeiten dürften einen kleinen Stab von Wissenschaftlern während mehrerer Monate nach Beendigung des gemeinsamen Betriebes der Anlage beschäftigen. Die damit verbundenen Kosten werden aller Voraussicht nach aus der im neuen Voranschlag vorgesehenen Rückstellung gedeckt werden können, so dass keine weiteren finanziellen Aufwendungen zu erwarten sind. Eine möglichst umfassende Auswertung der gemachten Erfahrungen liegt im Interesse aller Vertragsparteien; diese werden sich daher im Verlaufe des letzten Betriebsjahres über den endgültigen Abschlusstermin zu verständigen haben.

Für die Ausarbeitung des neuen Voranschlages konnte man sich im Gegensatz zu 1957 auf unvergleichlich bessere Grundlagen und auf tatsächliche Erfahrungen am Objekt stützen, so dass in Zukunft grössere Abweichungen vom Plan sehr unwahrscheinlich sind. Die Gesamtkosten (Anhang II) für die verlängerte Betriebsperiode von viereinhalb Jahren erhöhen sich von 3 660 000 gemäss dem Halden-Übereinkommen auf 6 285 000 Dollars. Nach Abzug des Beitrages von Finnland und der zu erwartenden Liquidationserlöse der ersten Brennstoffladung und der für die Personalunterkunft errichteten Wohngebäude ergibt sich ein Mehraufwand von 2 137 000 Dollars, der nach dem gleichen Verteilungsschlüssel (Anhang I) von den Vertragsparteien zu bestreiten ist. Der schweizerische Anteil erhöht sich demnach um 204 500 Dollars oder zirka 880 000 Franken auf insgesamt 554 500 Dollars oder 2 380 000 Franken.

Mit Ausnahme der Schweiz haben alle Vertragsparteien der Verlängerung bereits zugestimmt und das neue Übereinkommen unterzeichnet. Dieser Entschluss konnte von ihnen im Rahmen der Kompetenzen ihrer Atomenergiebehörden sofort nach Bereinigung der neuen Vertragsvorlage getroffen werden. Mit Rücksicht darauf, dass der neue Zeitplan und der neue Voranschlag bereits ab 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten sollen, sollte auch schweizerischerseits in dieser Sache möglichst rasch Beschluss gefasst werden. Dabei stellt sich die Frage, ob es im Interesse der Schweiz liegt, die zusätzlichen Kosten ebenfalls zu übernehmen. Dazu ist zunächst zu sagen, dass die Gründe, die 1958 zum Beitritt geführt haben, heute in noch verstärktem Masse gelten, weil das der Verwirklichung entgegengehende schweizerische Versuchsleistungskraftwerk (Thermostat) sehr viele Berührungspunkte mit dem Halden-Reaktor hat, und wir daher viel davon profitieren können, andererseits aber doch so verschieden ist, dass keine Doppelspurigkeit vorliegt. Auch jetzt noch ist das Halden-Unternehmen im Vergleich zu andern Unternehmen mit ähnlicher Zielsetzung kostenmässig günstig. Es liegt im Wesen solcher Unternehmen, dass die wertvollsten Resultate

erst gegen den Schluss ihrer Durchführung greifbar werden. Würde sich die Schweiz von diesem Unternehmen zurückziehen, so könnte sie insbesondere von den Erfahrungen bei hohen Leistungen nicht mehr Nutzen ziehen, und unsere bisherigen Aufwendungen würden damit weitgehend entwertet.

Mit dem Reaktor in Halden wird ähnlich wie in Würenlingen angewandte Forschung betrieben. Der Bundesrat hat schon in seiner Botschaft vom 15. Juli 1958 darauf hingewiesen, dass ohne die Möglichkeit einer Mitwirkung an diesem Gemeinschaftsunternehmen in Würenlingen zusätzliche Forschungseinrichtungen hätten geschaffen werden müssen. Die mit der Verlängerung der Tätigkeit in Halden verbundenen Kosten werden deshalb weitgehend vom Bund zu tragen sein. Gemäss unserer privatwirtschaftlichen Konzeption für die Entwicklung der Atomenergie werden jedoch die Firmen, welche Fachleute zur Ausbildung nach Halden entsenden können, zur Leistung angemessener Beiträge verpflichtet werden.

Aus den vorstehenden Überlegungen befürwortet der Bundesrat die Verlängerung des Halden-Übereinkommens; er hat deshalb den Leiter der schweizerischen Delegation bei der OECE in Paris ermächtigt, dasselbe namens der Schweizerischen Regierung zu unterzeichnen.

Gestützt auf diese Ausführungen beehren wir uns, Ihnen die Annahme des nachstehenden Entwurfes zu einem Bundesbeschluss zu empfehlen.

Wir versichern Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, den 19. Juli 1960.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Max Petitpierre

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

(Entwurf)

Bundesbeschluss
über
**einen weitem Beitrag an die Beteiligung der Schweiz
am gemeinsamen Betrieb des Versuchsreaktors
in Halden (Norwegen)**

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 24^{quinties} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 19. Juli 1960,
beschliesst:

Art. 1

Der Bundesrat wird ermächtigt, dem Norwegischen Institut für Atomenergie in Halden (Norwegen) einen weitem Beitrag von 880 000 Franken für die Beteiligung der Schweiz am verlängerten gemeinsamen Betriebsprogramm mit dem Versuchsreaktor von Halden zu überweisen.

Art. 2

Dieser Bundesbeschluss ist nicht allgemein verbindlich und tritt sofort in Kraft.

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Übereinkommen

betreffend

Die Verlängerung und Änderung des Übereinkommens über den gemeinsamen Betrieb des Siedewasser-Reaktors von Halden

Das Norwegische Institut für Atomenergie, die Republik Österreich, vertreten durch die Bundeskanzlei, die Dänische Atomenergie-Kommission, die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm, die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die Atomenergie-Behörde des Vereinigten Königreiches, Unterzeichner des Übereinkommens vom 11. Juni 1958 über den gemeinsamen Betrieb des Siedewasser-Reaktors von Halden (nachfolgend Halden-Übereinkommen genannt):

In Anbetracht, dass der Ausschuss von Halden, auf Vorschlag der technischen Gruppe von Halden, empfohlen hat, dass zur Erreichung der hauptsächlichsten Ziele des gemeinsamen Forschungs- und Versuchsprogrammes, wie sie im Halden-Übereinkommen dargelegt wurden, eine Verlängerung der Zusammenarbeit der Unterzeichner über die im Halden-Übereinkommen vorgesehene Dauer von drei Jahren hinaus erfordert;

vom Wunsche geleitet, deshalb das Halden-Übereinkommen zu ändern und wie in Artikel 7 (a) desselben vorgesehen, für eine weitere Dauer von eineinhalb Jahren ohne Einbezug der Abschlussperiode zu verlängern;

in Anbetracht, dass die gesamten Ausgaben auf 5 797 500 Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens (EWA-RE) veranschlagt werden,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Das Halden-Übereinkommen wird ab 1. Juli 1960 nach Massgabe der Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens abgeändert und bleibt mit den darin vorgenommenen Abänderungen vom 1. Juli 1961 bis 31. Dezember 1962, oder je nach den Vereinbarungen, die gemäss Artikel 4 des vorliegenden Übereinkommens getroffen werden, bis zu einem spätern, jedoch nicht über den 31. Dezember 1968 hinausgehenden Datum in Kraft.

Artikel 2

Artikel 5 (a) des Halden-Übereinkommens wird wie folgt abgeändert:

«Innerhalb der Grenze von 5 797 500 EWA-RE werden die Ausgaben für die Durchführung des gemeinsamen Programmes von den Unterzeich-

uern übernommen und auf diese in bezug auf 3 660 000 EWA-RE gemäss dem Anhang D des Halden-Übereinkommens, und in bezug auf 2 137 500 EWA-RE gemäss dem Anhang I des vorliegenden Übereinkommens verteilt. Die Verpflichtungen der Unterzeichner sind auf die Höhe ihrer Beiträge gemäss diesen Verteilungsschlüsseln begrenzt.»

Artikel 3

Anhang B des Halden-Übereinkommens wird ersetzt durch den Anhang II des vorliegenden Übereinkommens.

Artikel 4

Nicht später als am 1. Juli 1962 werden sich die Unterzeichner in bezug auf den Zeitpunkt und die Vereinbarungen, die für die Bedingung des Projektes notwendig sind, verständigen.

Artikel 5

Das vorliegende Übereinkommen tritt am 1. Juli 1960 in Kraft.

Anhang I

Verteilungsschlüssel für die Beiträge

<i>Unterzeichner:</i>	Beträge EWA-RE
Norwegisches Institut für Atomenergie	584 000
Die Republik Österreich, vertreten durch die Bundeskanzlei	87 500
Die Dänische Atomenergie-Kommission	87 500
Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)	584 000
Aktiebolaget Atomenergi in Stockholm	204 500
Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft	204 500
Die Atomenergie-Behörde des Vereinigten Königreichs	385 500
Total	<u>2 137 500</u>

**Provisorischer Voranschlag der Gesamtausgaben
mit Beginn am 1. Juli 1958**

Ausgaben

		Beträge EWA-RE
Gehälter		
Betriebspersonal.	549 000	
Personal für Versuche	887 000	1 436 000
Betrieb und Versuche		
Betrieb und Unterhalt	498 000	
Schwerwasseverlust.	130 000	
Versuchseinrichtungen, Rechen dienst	620 000	1 248 000
Brennstoffkosten		
Erste Ladung	671 000	
Versuchselemente	182 000	
Zweite Ladung	616 000	1 469 000
Allgemeine Ausgaben		
Atomversicherung.	230 000	
Bureau- und Laborgebäude.	120 000	
Wohnhäuser	157 000	
Verwaltungsausgaben	538 000	1 045 000
Änderungen der Anlagen.		697 000
Reserve.		390 000
		<u>6 285 000</u>

Einnahmen

Beiträge der Unterzeichner gemäss Halden-Übereinkommen. . .		3 660 000
Beitrag der Finnischen Atomenergie-Kommission für die 3-Jahres- periode.		150 000
Verkauf der ersten Brennstoffladung.		150 000
Verkauf der Wohnungen		100 000
Voraussichtlicher Beitrag der Finnischen Atomenergie-Behörde für die Verlängerungsperiode		87 500
Beiträge der Unterzeichner gemäss dem vorliegenden Überein- kommen		2 137 500
		<u>6 285 000</u>

**Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über einen weitem Beitrag an die
Beteiligung der Schweiz am gemeinsamen Betrieb des Versuchsreaktors in Halden
(Norwegen) (Vom 19. Juli 1960)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1960
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	34
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	8066
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.08.1960
Date	
Data	
Seite	649-656
Page	
Pagina	
Ref. No	10 041 058

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.